



Er scheint täglich Nachmittags  
mit Ausnahme der Sonn- und  
Feiertage.

Abonnementspreis  
vierteljährlich für Halle und durch  
die Post bezogen 2 Mark.

Amtliches Verordnungsblatt für die Stadt Halle.

Im Verlage von Reinhold Neichmann.  
Herrnrecher nach Berlin und Leipzig. Anschlag Nr. 289.

Insertionspreis  
für die halbjährliche Corvua  
Seite oder deren Raum 12 Rfg.

Reclamen  
vor dem Tagesabende die drei-  
gehaltene Zeitspalt oder deren  
Raum 30 Rfg.

Nr. 155

Samstag, des 6. Juli 1890.

91. Jahrgang.

### Finanzminister Dr. Miquel

hat nach Mitteilungen aus parlamentarischen Kreisen er-  
klärt, die Reform der Einkommensteuer (in Preußen) ent-  
hielte seines Erachtens die Möglichkeit, viele Millionen  
zu gewinnen, und die Mehreinnahmen würden von steuer-  
trächtigen Personen aufgebracht werden, ohne denfalls  
Anlaß zu Beschwerden zu geben. Die Selbstentlastung  
der Steuerpflichtigen bietet nach Dr. Miquel eine sichere  
Gewähr dafür, daß Regierung wie Vollstreckung von  
den künftigen Ergebnissen dieser Steuer, welche die denk-  
bar gerechteste ist, befreit sein werden. Es können  
dann niedrige Einkommen, welche bisher von der Steuer  
betroffen wurden, gänzlich von Abgaben befreit werden.  
Der neue Finanzminister ist nicht ein Gegner der Steuer-  
erhöhung, wie sein Vorgänger, er unterwirft sich also  
der jährlichen Vorausbestimmung durch das Parlament,  
wie viel Erlös aus der Einkommensteuer in den Staats-  
haushalt als Einnahme eingestellt werden soll. Die  
jahrlangen Bedenken früherer Minister, nach solchen Grund-  
sätzen das Steuerbewilligungsrecht der Vollstreckung  
zu erweitern, haben in dem Ideenkreis des jetzigen Leiters  
der Finanzverwaltung keinen Raum. Dr. Miquel hat,  
wie es weiter geht, auch darüber keinen Zweifel auf-  
kommen lassen, daß es ihm fern liegt, im Vollstreckungs-  
bereich zu planen. Sein heiler Wunsch bezieht sich  
im Gegenteil auf gelegentliche Ermäßigung der Steuer-  
mittelsätze, womit er augenblicklich der Vorstellung be-  
gegnet will, als seien derartige Herabsetzungen unmittelbar  
zu erwarten. Sie gehören indessen zu seinen Zukunfts-  
plänen, da Dr. Miquel schon wiederholt öffentlich erklärt  
hat, eine Erleichterung der Abgaben nütze der Land-  
wirtschaft mehr, als hohe Zölle. Ausgeschlossen ist nicht  
eine Revision des Zolltarifs nach den im letzten Jahre  
herorgetretenen Nothwendigkeiten, hier eine Erhö-  
hung, dort eine Ermäßigung eintreten zu lassen.  
Die Revision ist als Ausweg in dem Sinne gedacht,  
daß sie keinerlei Mehreinnahmen bewirkt, sondern nur  
in Bedingtheit getriebenen deutschen Industrien Erleich-  
terung verschaffen soll. Die Steuererleichterung ist ihnen,  
auf die Ausfuhr bezüglichen Bestimmungen voraussetzlich  
hab eine durchgreifende Veränderung, deren Ergebnis in  
einer ansehnlichen Mehreinnahme für die Reichskasse be-  
steht. Damit denkt sich der gegenwärtige Finanzminister  
die Erweiterung seines Einflusses als eine unerläßliche  
Nothwendigkeit, wenn die Finanzen des Reichs, wie der  
Einzelstaaten gründlich gekürzt werden sollen. Das  
Hinderniß jedweder gelunden Finanzverwaltung lag und  
liegt hauptsächlich in dem Mißverhältnis des Reichs-  
einkommens zu den deutschen Einzelstaaten, und wird dies  
Mißverhältnis, wie der neue Minister erwartet, unzer-  
störlich bestehen, so hat er für seine Reformpläne einen  
weiten und freien Spielraum. Dies ist der Punkt, wo  
auch nach Dr. Miquel zu allererst eingeleitet werden muß,  
um überhaupt zu erfolgreichem Schaffen gelangen zu  
können. Dr. Miquel ist ein lotharerer Geschäftsmann,  
gerade in Finanzangelegenheiten, daß er sich von jedem  
Optimismus frei zu halten versteht, und neben dem  
Grundsatz „Nimmer zu sehr“ hält er an dem andern  
fest, nicht zu viel auf einmal in Angriff zu nehmen,  
sondern eins nach dem andern abzuwickeln. Zu seiner  
Erläuterung begehrt er das engste Einvernehmen mit  
der Mehrheit der Vollstreckung, um vor Fehlgriffen  
sich zu schützen. Schon im Norddeutschen Reichstage  
unterstützte er seiner Zeit den Vorschlag des Abgeordneten  
Reichenberger Dipe, die Regierungen möchten doch durch  
Resolutionen der Kammer in Erfahrung zu bringen suchen,  
welche Pläne sie bei wichtigen Anlässen verfolgen wollen,  
damit die unnötige Ausarbeitung von nicht annehmbaren  
Beschlüssen vermieden wird. Die Besetzung des  
Reichsfinanzlers von Caprivi zu dem neuen Finanzminister  
sind, wie man jetzt schon weiß, die besten.

### Protestantische und katholische Mission in Afrika.

Ein katholisches Blatt, die „Fuldaer Ztg.“ schreibt:  
Major von Wissmann hat auf seiner Heimreise eine  
Untersuchung mit einem Mitarbeiter der „München. Allg.  
Ztg.“ gehabt. Der Bericht enthält folgende Sätze:  
„v. Wissmann betonte vornehmlich die unerschöpfliche und  
unerschöpfliche politische Rolle, welche sich die englischen,  
wie gleichfalls die deutschen evangelischen Missionare an-  
maßen, und er betrug deren intrigantes Treiben nicht  
eben vortrefflich mit den guten Werken, christlichen Ein-  
fluß, Kultur und Sittlichkeit fördernden Bemühungen der  
opferthätigen und unermüdblich wirkenden katholischen Missio-  
nare.“ Während er die letzteren als Grundpfeiler der Civili-  
sation bezeichnet, versicherte er mit, daß die englischen wie  
deutschen protestantischen Missionare geradezu sein Werk  
erschweren und hindern, so daß die großen auf Missions-  
wesen verwendeten Summen in der That weggeworfen  
seien, ja daß diese Herren, statt zu nützen, durch ihre  
politische Agitation nichts wie Unheil anrichten.“ Noch  
auffälliger als diese Aeußerungen ist folgender Zusatz:  
„Wir constatiren, was uns dieser Tage ein hervorragendes  
Mitglied des von Wissmann'schen Verwaltungs-General-  
stabes in Afrika persönlich bestätigte, daß ihnen die deut-  
schen evangelischen Missionare vielfach unerträgliche Schwie-  
rigkeiten machen durch Mangel an Takt und Rücksicht  
auf die Wünsche der deutschen Verwaltung. Man hoffe  
aber, daß es jetzt, nachdem ein evangelischer Gesandter  
ausgesandt sei, unter dessen Mißsicht die Missionare ge-  
stellt werden, besser werden wird.“ Ebenfalls aber müßte  
man eine andere und zwar eine mehr kirchliche Organi-  
sation der Mission wünschen; in der bisherigen Weise,  
daß jeder Missionar auf eigene Hand und nach eigenem  
Gutdünken arbeite, könne es nicht weiter gehen. Auch  
dieser Herr, ein positiver evangelischer Christ und Sohn  
eines vornehmen, positiv evangelischen Elternhauses be-  
stätigte, daß es bei der katholischen Mission in dieser Be-  
ziehung viel besser stehe und die deutsche Verwaltung besser  
mit derselben auskomme. Derselbe hätte aber auch viel  
mehr Erfolg bei den Heiden, weil sie es besser verstände,  
dem Sinne und den Sitten der Heiden sich anzubehamen,  
und ihnen auch in der Kultur für das Auge und Ohr  
etwas zu bieten, während der evangelische Missionar nur  
durch das Wort der Predigt und Lehre wirken wolle.“  
Dazu bemerkt als Entgegnung Dr. Barne, dieser  
gründliche protestantische Kenner der Heidenmission im  
„Reichsbote“: „Zunächst sei abzuwarten, ob der Reichs-  
kommissar diese schweren Beschuldigungen gegen die evan-  
gelischen Missionare in Afrika wirklich in der von den  
Zeitungen mitgetheilten Weise erhoben habe, und sei dies  
gegessen, so werde man billiger Weise auch die angegriffe-  
nen Missionare hören müssen, ehe man sich ein abschlie-  
sendes Urtheil bilde. Das günstigere Urtheil über die  
katholische Mission in Ostafrika läuft parallel der rüch-  
sichtsvollen Beurtheilung, welcher sich die katholische Kirche  
überhaupt in manchen Kreisen zur Zeit zu erfreuen hat.  
In diesen Kreisen, in welchen zur Zeit des Kulturkampfes  
die Macht der katholischen Kirche unterschätzt wurde,  
wird sie jetzt übersehen, nachdem letztere aus dem von  
allen positiven evangelisch-triethlichen Kreisen seiner Zeit  
ernstlich widertrathenen Kulturkampf neugefestigt und ge-  
eicht herabgegangen ist. Bei Manchem bestimmt aber  
der ähizer Erfolg vorwiegend das Urtheil. Auch die  
katholischen Missionen zeichnen sich mehr durch äußerlich  
in die Augen fallende Erfolge, als durch innerliche, wirk-  
lich unbilligende, nachhaltige Kraft aus.“

### Politische und Tages-Chronik.

**Berlin, 4. Juli.** Der Reichspräsident des preussischen  
Staatsministeriums, Staatssekretär des Reichsamt des  
Jansen Herr v. Bötticher wird sich in der nächsten Woche,  
einer Einladung des Ausstellungscomit's Folge leistend,  
nach Bremen zur Bestätigung der Ausstellung begeben.  
Herr Bötticher ged. in seinem Urlaub, wie in früheren  
Jahren, im Verste zu einer Cur in Karlsbad zu be-  
gehen. Den größten Theil des Sommers verbleibt der  
Minister in Berlin.  
Der Oberhofmeister der Kaiserin Freiherr v. Mirbach  
begibt sich mit fünfwöchentlichem Urlaub nach dem Rhein  
und Belgien; desgleichen der Cabinetsrath von der Red  
nach Sachsen. Der preussische Gesandte in Darmstadt,  
Freiherr v. Thielmann, hat die Geschäfte wieder über-  
nommen. Der Großbritannische Botschafter Sir Edward  
Malet hat Berlin auf kurze Zeit verlassen; ihn vertritt  
der Botschaftssekretär Beauclerc. Der luxemburgische Ge-  
schäftsträger, Kammerherr Graf v. Billers, hat sich  
nach dem Haag begeben.  
**Frankfurt a. M., 4. Juli.** Finanzminister Dr.  
Miquel hat am Mittwoch seine Ausgeschäfte in Berlin  
begonnen. Die nächste seines Ministeriums begrüßte Dr.  
Miquel mit einer sehr freundlichen Aufnahme, in welcher  
er um ihre Unterstützung in der Zukunft bat. Die Frank-  
furter Stadtverordneten haben Miquel einstimmig zum  
Ehrenbürger ernannt.  
Aus der Mitte der hiesigen Bürgerschaft wird  
Herr Miquel in Anerkennung seiner großen Verdienste  
um die Stadt Frankfurt ein bleibendes Andenken  
gestiftet werden.  
**Freiburg, 4. Juli.** Die in Hamburg concertir-  
te Capelle des bairischen Infanterie-Regiments „Wrede“

brachte gestern dem Fürsten Bismarck eine Morgen-  
musik; dem Publikum war der Eintritt in den Park ge-  
statet. Nach einem „Goch“ auf den Fürsten und die  
Fürstin erschien Bismarck unter dem Publikum und brachte  
ein „Goch“ aus auf den Prinz-Regenten von Baiern;  
hierauf folgte eine Bewirtung der Anwesenden mit  
Bier.

**Hamburg, 4. Juli.** Die „Hamburger Nachrichten“  
beschreiben die kaiserlich-lautner Kandidatur des Fürsten  
Bismarck als gegenstandslos. Der Fürst beschloß nicht  
das angetragene Mandat anzunehmen. Bismarck werde  
nur im Reichstage erscheinen, wenn die Sicherheit vorliege,  
mit der jetzigen Reichsregierung nicht in eine prinzipielle  
Oppositionsstellung zu gerathen. Dann werde er ein na-  
tionalliberales Mandat annehmen. Eine Reise Bis-  
marck nach England werde trotz der ehrenvollen Ein-  
ladungen nicht stattfinden. Der Fürst werde nach einer  
Abreise voraussichtlich verschiedene Excursionen in Deutsch-  
land unternehmen.

**Reichenberg, 4. Juli.** Der Handelsminister be-  
sichtigte mehrere hiesige industrielle Etablissements. Er  
wurde wiederholt auf den die nordböhmische Webindustrie  
tief schädigenden Zollkrieg mit Rumänien aufmerk-  
sam gemacht und um Abhilfe gebeten.

**Kraun, 4. Juli.** Heute fand hier unter äußerst zahl-  
reicher Theilnehmung die Weisung der aus Paris  
hierher überführten Leiche des Dichters Widewicz  
statt. Auf dem Bahnhofe übergeben die Delegirten den  
Sarg nebst der Exhumirungsurkunde der Dohut des  
Landes, worauf Ladislaus Widewicz, der Sohn  
des Dichters, eine Ansprache an den Landmarschall Grafen  
Tarnowski hielt, die dieser erwiderte. Weitere Ge-  
dächtnisreden wurden von dem Landtagsabgeordneten  
Ksnyk und dem Professor Stanislaus Tarnowski  
gehalten. In der Gruft fand eine kirchliche Feier statt,  
welche mit einer Weisung des Sarges durch den Kardinal  
Dunajewski schloß. Die Stadt hat reichen Klagenhymn  
angelegt. In allen galizischen Städten, vornehmlich in  
Lemberg, wurden gleichfalls Traueranbachten abgehalten.

**Budapest, 4. Juli.** Dem „Nemzet“ wird aus Kar-  
stadt gemeldet, die Polizei habe zwei junge Leute als  
diejenigen ermittelt und verhaftet, welche am 1. d. M.  
die schwarz-gelbe Fahne in Brand gesetzt hatten,  
die in dem Hotel, wo der zur Prüfling der Cadetten ein-  
getroffene Corpsoffizier abgehien, ausgehängt war. Da es  
sich herausstellte, daß es sich hierbei um einen in der  
Trunkenheit verübten Mordanschlag gehandelt hatte,  
wurden die beiden Verhafteten auf Veranlassung des  
Militärkommandanten wieder freigelassen.

Handelsminister Baroz beabsichtigt persönlich eine  
Reise nach Bulgarien zu unternehmen, um die dortigen  
Handelsverhältnisse zu studiren. Von hochdiploma-  
tischer Seite wurde dem Minister nahegelegt, die Reise  
zu unterlassen, damit diese nicht als eine politische De-  
monstration aufgefaßt werde und zu Mißverständnissen  
Anlaß gebe. Baroz scheint indessen entschlossen zu sein,  
die Reise dennoch zu unternehmen.

Die Verhandlungen mit der ungarischen Waffenfabrik  
wurden heute nicht beendet. Der Honvedminister forderte,  
daß die Waffenfabrik sich verpflichte, tausend Winterge-  
wehre innerhalb zwei Monaten abzuliefern. Die Waffen-  
fabrik sagte bloß 300 Stück zu; sie könne auch weiterhin  
vorerst nur kleinere Monatsraten abliefern. Augenscheinlich  
werden die Verhandlungen fortgesetzt.

**Rom, 4. Juli.** („Fuld. Ztg.“) Nach 19 Jahren  
liberaler Verwaltung hat die Stadt 210 bis 215  
Millionen Schulden, kann keine neuen auflegen,  
weil die Bürger schon unter der Steuerlast kaum noch  
athmen können und so, mit Schulden und Kränkeln,  
sind die vielgepriesene neue Aera Rom's unter den italie-  
nischen Stern ins Grab. Als im Jahre 1870 die päpst-  
liche Stadtverwaltung Rechnung ablegte, fand man eine  
Ueberschuß von 600000 Lire und doch trümmten sich die  
Leute nicht unter der Last der Steuern und Schulden.  
Der Bürgermeister und die Belgondeten der Stadt  
Reapal haben auch ihre Entlassung eingereicht, weil die  
finanziellen Verhältnisse des Gemeindegelds zu sehr zer-  
rüttelt sind. Schöne Verhältnisse! So bekommen die  
zwei Hauptstädte Italiens einen löthigen Kommissar.

Der „Discratore Romano“ erklärt bezüglich der  
Annahme des Gegenwurfs über die frommen Entlassungen  
seitens der Kammer, daß der Papst im „Konst.“orium am  
26. Juni gegen die Geleypostage protestirt habe und veröffent-  
licht die bezüglichen Aeußerungen des Papstes. Darnach  
erinnerte der Papst daran, daß er 1879 den Gegen-  
wurf als einen solchen bezeichnete, welcher dem Rechte  
und der Gerechtigkeit zuwiderlaufe; da r'annehr derselbe dem-  
nachst genehmigt werden solle, so protestire er neuerdings  
dagegen.











